

Ausführliche Zusammenfassung von:

Das RAN-Netzwerk der EU-Kommission macht sich zum Gesamtevaluator der europäischen NGOs in der Extremismusprävention –
und: Was wird eigentlich mit dem „Bundesinstitut Qualitätssicherung“?¹

Harald Weilnböck, cultures interactive e.V., Oktober 2021

Die oberste europäische Sicherheitsbehörde, die Generaldirektion Migration und Inneres (GD Inneres) führt seit einem Jahr eine fragwürdige und möglicherweise unstatthafte Methoden-Selektion unter europäischen NGO-Ansätzen durch. Das Radicalisation Awareness Network (RAN), in dessen Leitung abgeordnete Beamt*innen des deutschen BMI eine starke Stimme darstellen, wird hierbei als exekutiver EU-Gesamtevaluator eingesetzt. Jeder Praxisansatz, der bei dieser Auswahl ein "positives Ergebnis" erzielt, wird von der GD Inneres/ RAN zur "Best Practice" erklärt, bei negativem Ergebnis erhält man einen sekundären Rang, was die Praktizierende/ NGOs europaweit besorgt. Die Selektionskriterien sind unbekannt – auf Rückfrage wurde keine Auskunft erteilt.

Das RAN und GD Inneres haben für diese Maßnahme der Methoden-Selektion u.E. kein klares rechtliches, fachliches und ethisches Mandat. Auch muss als unklar gelten, inwiefern die gebotenen Prozedere der aufgeklärten schriftliche Einwilligung durch die NGOs unter den bestehenden Bedingungen nach vollen Standards durchgeführt wurden. GD Inneres scheint sich der offensichtlichen Problematik und potentiellen Schädlichkeit dieser Maßnahme der Methoden-Selektion nicht bewusst zu sein.

Für die betroffenen NGOs stellt diese plötzliche Methoden-Selektion einen bitteren Vertrauensbruch dar. Denn viele der NGOs, die dieser Maßnahme unterzogen werden, hatten dem RAN seit zehn Jahren ihr Vertrauen geschenkt und reichlich ehrenamtliche Arbeit

¹ Dies ist die – weitgehend inhaltsidentische – deutsche Fassung des englischen Positionspapiers: "European NGOs should withdraw from the EU Radicalisation Awareness Network's 'Collection of Practices' – and what does the planned German 'Federal Agency of Quality Control mean anyway?", <https://cultures-interactive.de/en/ran-essay-en.html>.

beigetragen, wodurch das RAN sehr profitiert hat. Das RAN selbst hat sich seit seiner Gründung im Jahr 2011 keiner Evaluation unterzogen.

Dabei trifft diese Methoden-Selektion seitens der EU in Deutschland mit der Ankündigung zusammen, dass ein "Bundesinstitut Qualitätssicherung" im Arbeitsbereich des BMI eingerichtet werden soll. Dies löste ebenfalls große Sorge unter den NGOs aus. Denn ein solches Bundesinstitut könnte möglicherweise in jener Traditionslinie des BMI stehen, die "Extremismusklauseln" (in Förderverträgen und bei Anstellungen in NGOs) und verdeckte, anlasslose Sicherheitsüberprüfungen von engagierten NGOs durch die Verfassungsschutzämter geltend gemacht hat. Zumal sowohl die RAN Methoden-Selektion bei der EU als auch das angekündigte Bundesinstitut indirekt mit dem BMI assoziiert sind.

Jedoch ist die RAN-Maßnahme der GD Inneres nur ein Symptom einer umfassenderen Entwicklung in der deutschen und europäischen Politikgestaltung, die die Zivilgesellschaft und Demokratie in ganz Europa nachhaltig beschädigt – und auch das wichtige Zusammenwirken von Prävention und Sicherheitsbehörden sehr belastet. Weitere Symptome sind z.B. das „RAN-Rehabilitation Manual“, das den Praktizierenden von Ausstiegsarbeit in ganz Europa u.a. den systematischen "Informationsaustausch" über Klient*innen der Ausstiegsarbeit mit den Sicherheitsbehörden als Good-Practice-Standard vorschreibt (und von einer deutschen NGO vorbereitet wurde, die eng mit dem BMI zusammenarbeitet); und dass auch den Konsens der europäischen Praktizierenden darüber verschweigt, dass Vertraulichkeit und Verschwiegenheit in der Klient*innen-Arbeit unverbrüchlich sein müssen. Das jüngste RAN-Papier über Qualitätsmanagement und Evaluation von P/CVE Maßnahmen unterstreicht dies.

Ferner fordert eine Ausschreibung des EU "Fonds für innere Sicherheit/Polizei" (GD Inneres) dazu auf, "Mechanismen zur Bewertung der Vertrauenswürdigkeit von NGOs" zu entwickeln; d.h. es werden Mittel von Sicherheitsbehörde dazu eingesetzt, systematisches Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft/den NGOs zu finanzieren – was mutmaßlich von einigen Regierungen der östlichen EU-Länder besonders begrüßt werden wird.

Obwohl alle Akteure fraglos gute Absichten haben und nur das Beste wollen, beginnen sich am gemeinsamen Horizont Konturen einer Art Präventions-Polizeistaat auf gesamteuropäischer Ebene abzuzeichnen, der hohe Risiken birgt – und kein gutes Beispiel in der Welt darstellt.

Cultures Interactive beabsichtigt daher derzeit, seine RAN-"Methoden" aus der RAN-Methoden-Sammlung zurückziehen.

Glücklicherweise ist aber auch ein Silberstreif der Hoffnung sichtbar. Man muss nur ein zivilgesellschaftlich basiertes Konzept von Prävention und Evaluation in Betracht ziehen, das derzeit bereits erkennbar wird. Hierbei würden die professionellen NGOs und Praktiker*innen dieses Arbeitsbereichs die Mittel zur unabhängigen Eigenorganisation ihrer Arbeit und ihres Qualitätsmanagements erhalten, begleitet von ebenso unabhängiger wissenschaftlicher Expertise und Beratung. Ferner würde das mittelfristige Ziel einer zivilgesellschaftlichen Strukturentwicklung gesetzt, die den systematischen Aufbau eines Verbandes – und letztlich einer Berufskammer – für Praktizierende von präventiven Interventionen vorantreibt. Eine solche Berufskammer würde die Ausarbeitung von soliden professionellen und ethischen Standards ermöglichen und eine fachliche, evidenz-basierte Qualitätsentwicklung gewährleisten.

In "Demokratie leben!" wird im Grunde längst mit diesem Aufbau einer zivilgesellschaftlich basierten Struktur für Prävention und Evaluation begonnen (vgl. die "Bundesarbeitsgemeinschaften", "Kompetenznetzwerke"). Diese jetzt durch ein Bundesinstitut von oben her außer Kraft zu setzen und auf Jahrzehnte hinaus zu verhindern, käme einer kleinen Katastrophe gleich. Hier steht Deutschland derzeit an einem Scheideweg, der einige Dramatik aufweist, – und scheint sich derzeit, in großer Vergangenheitsvergessenheit, einer weiteren „Versicherheitlichung“ zuwenden zu wollen. Wenn es aber anstatt dessen gelingen sollte, diese fatale Versicherheitlichung umzuwenden – und wenn dann auch noch der grundsätzliche Konstruktionsfehler in der Logik des RAN und der europäischen Extremismusprävention korrigiert würde: nämlich deren direkte Anbindung an die Innenressorts und Sicherheitsagenturen – dann tut sich eine lichte Zukunft auf. Das RAN ließe sich leicht an eine Generaldirektion im Bereich Soziales, Gesundheit, Familie oder Bildung anbinden; und das akteursübergreifende Zusammenwirken könnte neu und besser aufgebaut werden. Dann ginge über dem genannten Silberstreif der Hoffnung sozusagen die Sonne einer zivilgesellschaftlich fundierten Präventionsarbeit auf, die einer Demokratie des 21.-Jahrhunderts wahrhaft entspräche – und Europa in den Stand setzte, zu einer "best practice" der Politikgestaltung weltweit werden.